

Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter aus ganz Europa demonstrieren in Brüssel für mehr Demokratie am Arbeitsplatz

(Datum: 11. Oktober 2018)

Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind zentrale Werte Europas. Als Bestandteile des europäischen Sozialmodells, das wir verteidigen, gelten sie auch in den Werkhallen und Büros. Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung an Entscheidungen, die die Zukunft ihres Unternehmens, ihrer Arbeit und ihres Lebens beeinflussen, ist ein Grundrecht aller europäischen Beschäftigten. Und doch bleibt dieses Recht zu oft ein Wunschtraum, denn die Beschäftigten werden erst einbezogen, nachdem die Unternehmen ihre Entscheidungen bereits getroffen haben. Den Beschäftigten bleibt nur, die sozialen Folgen der Umstrukturierungen zu bewältigen. In einer beispiellos turbulenten Zeit für die EU und einer Epoche massiven Wandels unserer Industrie haben sich Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertreter aus ganz Europa in Brüssel versammelt, um die Untätigkeit europäischer Politiker zu hinterfragen und sie an ihre Verantwortung zu erinnern, das Recht der Beschäftigten auf Demokratie am Arbeitsplatz Realität werden zu lassen.

Dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) folgend versammelten sich am 10. Oktober Gewerkschaftsvertreter und europäische Betriebsräte, die täglich die Interessen von Millionen von ArbeitnehmerInnen in multinationalen Unternehmen verteidigen, vor dem Europäischen Parlament, um mehr Demokratie am Arbeitsplatz zu fordern. Bei dieser Gelegenheit wurde der [europäische Appell für mehr Demokratie am Arbeitsplatz](#), der von mehr als 900 prominenten Gewerkschaftern, Politikern (einschließlich Abgeordneten des EU-Parlamentes) und Akademikern, ehemaligen Premierministern und Gewerkschaftsführern unterzeichnet wurde, an Mitglieder des Europäischen Parlaments übergeben.

Wenn sie tatsächlich angewandt und respektiert werden, spielen die Arbeitnehmerrechte auf Beteiligung an dem strategischen Entscheidungsprozess ihres Unternehmens auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene eine entscheidende Rolle für den Schutz der ArbeitnehmerInnen, bei der Sicherstellung der langfristigen Nachhaltigkeit der Unternehmen und der gerechten Antizipation und Bewältigung von Wandel. Demokratie am Arbeitsplatz ebnet zudem den Weg zu Demokratie in unseren Gesellschaften, was gerade in Zeiten von Populismus und rechtsextremer politischer Ideen notwendiger denn je ist.

In der Praxis jedoch ist die Einhaltung von Buchstaben und Geist des europäischen Arbeitnehmerrechts auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung nicht immer gewährleistet. Die Sanktionen sind nicht wirkungsvoll und abschreckend genug, um die Nichteinhaltung durch Unternehmen zu verhindern. Es ist unerklärlich, dass die politischen Entscheidungsträger der EU und insbesondere die Europäische Kommission in den letzten zehn Jahren keine geeigneten Maßnahmen ergriffen oder geplant haben, um sicherzustellen, dass diese Rechte ordnungsgemäß durchgesetzt und sogar gestärkt werden. IndustriAll Europe unterstützt daher [die neue Offensive des EGB für mehr Demokratie am Arbeitsplatz](#).

„Unsere Branchen sind mit turbulenten Zeiten konfrontiert, in denen sie sich den vielfältigen Herausforderungen der rasanten digitalen Transformation, der Anpassung an den Klimawandel, der Globalisierung und der politischen Unsicherheiten (Brexit, bevorstehende Europawahlen ...) stellen müssen. Multinationale Unternehmen in unseren Sektoren befinden sich daher in permanenten Umstrukturierungsphasen. Es ist mehr denn je erforderlich, dass unsere Teilhaberechte bereits in der Anfangsphase dieser Umstrukturierungen durchgesetzt und gestärkt werden. Dies ist der einzige Weg

Pressemitteilung

zu einer sozial verantwortungsvollen Antizipation und Bewältigung des Wandel ", erklärte Luc Triangle, Generalsekretär von industriAll European Trade Union. „Wir unterstützen und koordinieren seit über 30 Jahren Gewerkschafts- und ArbeitnehmervertreterInnen in mehr als 600 multinationalen Unternehmen, unter anderem über Europäische Betriebsräte. Aufgrund dieser praktischen Erfahrung können wir feststellen, dass es nicht mehr an der Zeit für nette Leitlinien, Handbücher oder andere sanfte Maßnahmen ist. Wenn die europäischen Politiker wirklich ernsthafte Anstrengungen unternehmen wollen, um sicherzustellen, dass unsere Mitspracherechte bei Unternehmensentscheidungen wirksam sind und durchgesetzt werden, dann gibt es nur einen Weg: rechtsverbindliche Initiativen zur Stärkung der Demokratie am Arbeitsplatz. Dies bedeutet erhebliche Änderungen in der EBR-Richtlinie, wesentliche Verbesserungen des Company Law Package und schließlich die Annahme eines horizontalen Rahmens für das Recht der Arbeitnehmer auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung".

Die europäischen Gewerkschaften werden im Rahmen der EGB-Strategie für mehr Demokratie am Arbeitsplatz weitere Maßnahmen prüfen. Eine Delegation europäischer Gewerkschaftsführer wird sich in den kommenden Wochen mit Kommissarin Thyssen treffen, um unsere Bedenken erneut zu äußern und eine rasche politische Antwort zu fordern.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Aline Conchon, aline.conchon@industrial-all-europe.eu, +32 22 26 00 54

IndustriAll Europe repräsentiert die Stimmen von 7 Millionen europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Versorgungsketten in der Fertigung, im Bergbau und Energiesektor. Unser Ziel ist es, die Rechte dieser Beschäftigten zu schützen und zu fördern. Unsere Föderation hat 181 Mitgliedsorganisationen in 38 europäischen Ländern. Unser Ziel ist es, ein wichtiger politischer Akteur gegenüber den europäischen Unternehmen, der europäischen Industrie, den Arbeitgeberverbänden und den europäischen Institutionen zu sein.